

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Mark

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 88

Donnerstag, den 10. April 1924

15. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, am Spandhaus Nr. 6.
Postfachkonto: Danzig 2045.
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Einnahme, Zeitungsbestellung und Druckerei 3290.

Europas Befundung.

Der Bericht der Sachverständigen. — Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebiets. — Internationalisierung der Reichsbahn. — Deutschlands Zahlungen.

Die Reparationskommission hat gestern vormittag die Vorschläge der Sachverständigen entgegengenommen. Im Namen der Reparationskommission dankte deren Vorsitzender Barthou den Sachverständigen für die geleistete schwierige Arbeit. In dieser Dankrede führte er dann noch aus: Man darf natürlich nicht erwarten, daß Ihre Schlussfolgerungen, obgleich sie einstimmig gefaßt sind, vor der öffentlichen Meinung, die durch viele leidenschaftliche Polemiken und widersprechende Interessen verwirrt ist, eine einstimmige Anerkennung finden werden. Aber niemand wird den technischen Wert und die moralische Autorität der wichtigen Arbeiten bestreiten, die Männer, die allein von dem Bedürfnis geleitet waren, den Frieden durch gerechte Achtung der Verträge zu sichern, geleistet haben, mit einer Unparteilichkeit, die nichts verwirren konnte, in die sie alle Erfahrungen, alle ihre Kompetenzen und ihre ganze Hingabe gesetzt haben.

Der Bericht der Sachverständigen besteht aus einem Begleit Schreiben des Generals Dawes, aus einem Inhaltsverzeichnis, dem eigentlichen Bericht sowie neun Anlagen. Der eigentliche Bericht ist in zwei Teile geteilt und umfaßt 57 Seiten. In den Anlagen werden folgende Fragen behandelt: Die Organisation der neuen Emissionsbank, der Wohlstandsindex, der Bericht der Eisenbahnsachverständigen, die neue Eisenbahngesellschaft, die Industrieobligationen, die Ueberführung von Reparationszahlungen deutscher Währung in fremde Devisen, die in Deutschland zirkulierenden Geldsorten, das provisorische Budget für 1924 und eine vergleichende Aufstellung der verschiedenen Einnahmen aus Dividenden.

Die wichtigsten Kapitel des Gutachtens sind diejenigen über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit des deutschen Gebiets und über die Schaffung einer neuen Emissionsbank, die auf der bestehenden Reichsbank aufgebaut oder neu geschaffen werden könne. Von besonderer Bedeutung sind das Kapitel über die Schaffung einer privaten Eisenbahngesellschaft und die Festlegungen über die Höhe der jährlichen Belastung Deutschlands auf Grund der Reparationsverpflichtungen.

In den Beiträgen, die für die einzelnen Jahre vorgesehen sind, sind alle Leistungen einbezogen, die Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages auszuführen hat. In die Summe sind also einzurechnen außer den Belastungskosten aus den verschiedenen Vergütungen an die internationalen Kommissionen zweifellos auch die Kosten aus dem Schiedsgericht und Arbitrageverfahren. Bemerkenswert ist, daß das Gutachten der Sachverständigen einen Unterschied macht zwischen der Möglichkeit, bestimmte Beträge für Reparationen in deutscher Währung zu leisten, und der Möglichkeit, diese Beträge in fremde Devisen umzuwandeln. Auch ist vorgesehen, daß alle zu leistenden Zahlungen einer besonderen Klasse bei der neuen Emissionsbank zu werden, und daß ein besonderes Komitee darüber zu entscheiden hat, inwieweit es möglich ist, die Reparationen in Devisen zu investieren. Für den Fall, daß eine Ueberführung der deutschen Geldbeträge in ausländische Devisen nicht möglich erscheint, ist Vorsehung dafür getroffen, daß die in der Klasse angesammelten Beträge eine bestimmte Höhe nicht übersteigen dürfen.

Das Begleit Schreiben Dawes.

In seinem Begleit Schreiben weist der Vorsitzende Dawes darauf hin, daß sein Komitee tief durchdrungen von dem Gefühl und der Verantwortlichkeit, seine Pläne auf jede grundsätzliche Gerechtigkeit und wechselseitige Interessen gegründet, nicht nur die Wünsche Deutschlands und Deutschlands selbst, sondern die ganze Welt ein vitales Interesse haben. Nach der Annahme dieser Grundzüge, die die Grundlage aller Gespräche und die beste Gewähr für den Weltfrieden seien, müßte die Empfehlung des Komitees in dem Sinne betrachtet werden, daß sie Mittel zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung aller Völker Europas vorschlägt. Deutschland müsse in Uebereinstimmung mit seiner Rolle vom 29. Mai 1919 bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Steuern zahlen. Mehr als diese Grenze war nicht zu erwarten und weniger als diese Grenze würde Deutschland im internationalen Wettbewerb der Zukunft einen unbilligen Vorteil verschaffen.

Bei der Vorbereitung dieses Berichtes habe das Komitee sorgfältig und mit vieler Mühe das ausgedehnte Feld der Untersuchungen durchsucht. Es habe sich der händigen Mitarbeit fähiger Sachverständigen erfreut, die Material zusammengetragen, es verarbeitet und darboten. Es habe an Ort und Stelle Beamte der deutschen Regierung und Vertreter der deutschen Arbeiterschaft, Landwirtschaft und Industrie zugezogen. Von der deutschen Regierung und ihren Vertretern habe es in Verantwortung eines Fragebogens umfangreiche und zufriedenstellende Antworten erhalten. Anlässlich verschiedener Punkte dieses Berichtes habe das Komitee sowohl zwecks Zusammenfassung von Material, wie auch zwecks Einholung von Rat außerhalb des Komitees stehende Sachverständige von internationalem Ruf zu seiner Unterstützung herangezogen.

Die veröffentlichten Berichte und Darlegungen mehrerer Nationalökonomien haben in seiner Hand gelegen. Es hat aus dem von Ihrer Kommission früher ausgetragenen und angehängten Material Nutzen gezogen. Bei Durchführung einer Arbeit hat das Komitee seit dem 14. Januar 1924

54 Sitzungen abgehalten. Der Unterausschuss für die Stabilisierung der Währung hat seinerseits 81, der Unterausschuss für den Ausgleich des Budgets 63 Sitzungen abgehalten.

Das Begleit Schreiben schließt: Bei ihrer Suche nach der Wahrheit und nach Ratsschlüssen, die zu ihr führen könnten, waren die Sachverständigen nur ihrem eigenen Gewissen verantwortlich. Mit der Gewährung dieser Freiheit sind die Regierungen zwar nur ihrem eigenen Glauben und ihren eigenen Absichten bei der Einschätzung dieser Kommission gefolgt, doch haben sie dabei gleichzeitig den höchsten Tribut gezollt, den Regierungen vergeben können, volles Vertrauen in den Geist der Menschenbünde. Durch ihren scharfen Blick, durch die Unabhängigkeit ihres Denkens und vor allem durch ihren Geist großen und aufrichtigen Strebens, der sich über die Kleinigkeiten erhebt, über die die Kleinen so oft straucheln, haben meine Kollegen sich dieses Vertrauen würdig erwiesen. Das ihre Arbeit, die sie jetzt in Ihre Hände lege, Ihnen dabei behilflich sein möge, Ihrer großen und schweren Verantwortung Genüge zu tun, ist ihre aufrichtige Bitte, und späterhin zu erfahren, daß es so gewesen ist, wird Ihre volle Belohnung sein. gez. Charles G. Dawes.

Der Inhalt des Berichts.

Es wird zunächst betont, daß das Gutachten mit Zustimmung sämtlicher Mitglieder abgegeben worden sei. Es stellt dann seinen Vorschlägen die folgenden allgemeinen Leitfäden voraus:

Der Plan ist ein unteilbares Ganzes. Es ist unmöglich, daraus einzelne der Vorschläge anzunehmen und andere abzulehnen. In diesem Falle oder auch im Falle ungebührlicher Verzögerung in der Ausführung des Planes überhaupt lehnen die Sachverständigen jede Verantwortung für den Erfolg ab.

Der Plan hat ferner die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftshoheit zur unbedingten Voraussetzung, da der Ausgleich des Budgets, die Stabilisierung der Währung sowie Wiederherstellung des inneren und äußeren Kredit Deutschlands nur unter dieser Voraussetzung möglich ist. Es müssen deshalb auch alle Sanktionen, die die wirtschaftliche Produktion hindern, zurückgezogen oder entsprechend geändert werden. Werden diese Voraussetzungen hinausgeschoben oder verzögert, so ändern sich entsprechend auch alle übrigen Daten des Zahlungsplans.

Die Sachverständigen betonen ferner, daß sie beabsichtigen, die Zahlen so zu gestalten, daß dadurch die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht unter das Niveau der Lebenshaltung in den alliierten und seinen europäischen Nachbarländern herabgedrückt wird, welche auch ihrerseits schwere Lasten aus dem Kriege zu tragen haben.

Der gesamte Zahlungsplan ist auf dem Gedanken aufgebaut, die Höchstleistungen festzustellen, die Deutschland jährlich in seiner eigenen Währung zahlen kann. Er sieht davon ab, ein für allemal die Totalbelastung für Deutschland zu fixieren. Er soll deshalb auch nicht eine Lösung des gesamten Reparationsproblems sein, vielmehr nur eine Regelung für eine genügend lange Zeit, um das allgemeine Vertrauen wiederherzustellen. Der Plan sei aber gleichzeitig so gefaßt, daß darauf eine endgültige und vollständige Lösung des gesamten Reparationsproblems und aller der damit verbundenen Fragen aufgebaut werden kann, sobald das die Umstände gestatten.

Deutschlands wirtschaftliche Einheit — Aufhebung der Sanktionen.

In dem Gutachten wird dann betont, daß es dem Ausich nicht möglich gemein ist, praktische Mittel zur dauernden Stabilisierung des deutschen Budgets und der deutschen Währung zu finden, ohne gleichzeitig die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands zu betonen. Die Lösung des doppelten Problems des Ausichs erfordert in Wirklichkeit die Wiederherstellung des inneren und äußeren Kredit Deutschlands. Der Ausich hat die Möglichkeiten nicht gefunden, die zur Wiederherstellung bei Aufrechterhaltung der jetzigen Wirtschafts- und Zollbeschränkungen eines Teiles des deutschen Territoriums mit Erfolg ins Auge zu fassen sind. Der Ausich war deshalb gezwungen, von der Grundlage der wiederhergestellten Einheit Deutschlands auszugehen, und der ganze Bericht ist auf dieser Grundlage aufgebaut.

Wenn im Augenblick der Inkraftsetzung des im Bericht vorgeschlagenen Planes in einem wirtschaftlich einheitlichen Deutschland irgendeine militärische Organisation bestehen sollte, so würde dies in seiner Weise die Entwicklung des wirtschaftlichen Planes behindern dürfen. Der Bericht ist deshalb darauf aufgebaut, daß solche militärischen oder kollisionspolitischen Maßnahmen, soweit sie bestehen, aufgehoben oder eben geändert werden müssen. Nur die im Bericht selbst vorgesehene Kontrollmaßnahmen sind zulässig. Zwangsmaßnahmen dürfen nur im Rahmen der in gemeinsamer Uebereinstimmung angenommenen Bedingungen wieder in Kraft treten. In solchen Fällen ist es Sache der Gläubigerstaaten, die Art und den Umfang der Sanktionen zu bestimmen.

Die deutsche Reichseisenbahngesellschaft.

Aus dem Reichseisenbahnunternehmen soll eine Aktiengesellschaft gebildet werden, die vorweg mit einem Betrage von 11 Milliarden Goldmark erstellbaren Obligationen belastet wird. Diese sind mit 5 Prozent vorweg zu verzinsen und mit 1 Prozent jährlich zu tilgen. Eine jährliche Leistung von 880 Millionen Goldmark ist an die Reparationskasse zu bezahlen. In voller Höhe wird diese Zahlung erst vom vierten Jahre ab geleistet. Im ersten Jahre beträgt die Zahlung 330, im zweiten 485, im dritten 550 Millionen Goldmark. Das Aktienkapital der Reichseisenbahngesellschaft von insgesamt 15 Milliarden Goldmark soll in zwei Milliarden Goldmark Vorzugsaktien und 13 Milliarden Stammaktien zerfallen. Dem Reiche gehören die gesamten Stammaktien sowie 500 Millionen Goldmark der genannten Vorzugsaktien, während 1,5 Milliarden Goldmark dieser Vorzugsaktien für die eigenen finanziellen Zwecke der Reichseisenbahngesellschaft verwendet werden können. Generaldirektor dieser Gesellschaft wird ein Deutscher, ebenso auch der Vorsitzende des Verwaltungsrates. Dieser besteht im übrigen aus 18 Mitgliedern, von denen die Hälfte von der deutschen Regierung, die andere Hälfte von einem Treuhänder der Obligationäre bestellt wird. Von den letzteren neun Mitgliedern sollen fünf Deutsche sein, so daß also der Verwaltungsrat im ganzen aus 14 Deutschen und aus vier Nichtdeutschen besteht. Die Rechte der Reichsregierung hinsichtlich der Tarife und Betriebsangelegenheiten sind grundsätzlich anerkannt. In ihrer Geschäftsführung soll die Reichsbahn grundsätzlich frei sein. Zur Wahrung der Interessen der Obligationäre wird ein besonderer Eisenbahnkommissar bestellt.

Finanzielle Leistungen Deutschlands.

Das Gutachten der Sachverständigen schlägt folgende Leistungen vor:

A. Für die Moratoriumszeit — erstes Jahr 1924/25 — eine Milliarde Goldmark, und zwar 800 Millionen aus einer auswärtigen Anleihe und 200 Millionen aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen. Die 800 Millionen dienen zur Finanzierung der Sachleistungen und der Besatzungskosten. Soweit Anleihen nicht zustandekommen, können Leistungen von Deutschland nicht gefordert werden. Zweites Jahr 1925/26: 1220 Millionen Goldmark, bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen, der Industrieobligationen und 500 Millionen aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Eisenbahn.

B. Für die Uebergangszeit — drittes Jahr 1926/27 — 1.200.000.000 Goldmark, bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen, der Industrieobligationen, der Beförderungsteuer und aus Haushaltsmitteln. Viertes Jahr 1927/28: 1.750.000.000 Goldmark, bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnobligationen, der Industrieobligationen, der Beförderungsteuer und aus Haushaltsmitteln. Die Leistungen für das dritte und vierte Jahr können sich um einen Betrag bis zu 350 Millionen erhöhen oder ermäßigen, je nach der Höhe des dritten Teiles des Betrages, um den die kontrollierten Budget-Einnahmen im Jahre 1926/27 und im Jahre 1927/28 1250 Millionen Goldmark übersteigen oder unterschreiten.

Das Urteil der Berliner Presse.

Die „Germania“ schreibt: Ein besonderer Beizug der gegenwärtigen europäischen Politik ist das Mißtrauen. Der Sachverständigenbericht ist nicht mit diesen Vorurteilen belastet. Die Vorschläge, die uns heute vorliegen, entstammen nicht der Reparationskommission, nicht der Vorkonferenz, sondern einer anderen Körperschaft der Siegerstaaten, sondern sind aus dem grundsätzlichen und eingehenden Studium eines unparteiischen Sachverständigenkollegiums hervorgegangen. Das Komitee erklärt, es habe keine Grundzüge in jenem Gemeinschaftsglauben festgelegt, der die Grundlage aller Gespräche und die beste Gewähr für den Weltfrieden sei. Das legt aber auch uns die Pflicht auf, die Vorschläge in demselben Gemeinschaftsglauben zu prüfen. Auf den sachlichen Inhalt der Vorschläge selbst eingehend, erklärt das Blatt, daß die vorgeschlagenen Zahlen außerordentlich groß seien und daß es zweifelhaft ist, ob sie auf dieser Höhe für Deutschland überhaupt tragbar sind. Daß der ganze Zahlungsplan auf der Voraussetzung basiert, daß die finanziellen und wirtschaftlichen Einheit des Reiches wiederhergestellt wird, wird von dem Blatt besonders freudig begrüßt. Das Blatt schließt seine Ausführungen mit dem Urteil, daß das Gutachten die Grundlage zu einer internationalen Aussprache biete, die, wenn sie in dem bewussten Gemeinschaftsglauben geführt wird, zum Erfolg führen wird. — Der „Vorwärts“ schreibt: Jede deutsche Regierung hat sich jetzt der Frage: Will sie, kann sie sofort — da gibt es kein Moratorium — ins besetzte Gebiet einmarschieren und die Franzosen verjagen? Will sie oder kann sie das nicht, nun, dann bleibt ihr nämlich nichts anderes übrig, als den anderen Weg zur Befreiung zu gehen, nämlich den, welchen der Bericht der Sachverständigen zeigt.

Danziger Nachrichten

Polnische Stimmen.

In der „Nacpopolnia“ nimmt der Danziger Reichsanwalt und polnische Volkstagsabgeordnete Langowski Stellung zu den verschiedenen Artikeln der polnischen Presse über Danzig. Er behauptet zunächst ziemlich eindeutig, daß alle die polnischen Artikelschreiber von den Danzig-polnischen Verhältnissen nichts verstanden. Er rechtfertigt die Stellung der polnischen Volkstagsabgeordneten in Danzig, die zwar keine Kompromißpolitiker seien aber nach dem Grundsatz handeln müßten, unter dem sie gewählt wären: Danzig den Danzigern! — Wozu damit im Einklang steht allerdings der letzte Satz dieses Artikels: „Bekannt ist der Standpunkt des allgemein geschätzten Sejmarschalls Trampczynski, daß in den Straßen Danzigs ruhen das Gras wachsen möge, Polen würde sich nicht darum kümmern. Wer von uns Danzigern versteht diesen Standpunkt nicht? Heute ist die ganze polnische öffentliche Meinung gegen Danzig.“

Nach dieser Sympathieerklärung für Trampczynski nimmt heute die „Gazeta Wlaska“ gegen Trampczynski Ausführungen im „Dziennik Polski“ Stellung, wo der Marschall den polnischen Volkstagsabgeordneten verurteilt. Natürlich meint das Danziger polnische Blatt nicht, den gefährlichen Politiker der Rechten selbst der falschen Politik zu beschuldigen, sondern meint nur, der Redakteur des „Dziennik Polski“ habe den Sejmarschall falsch ausgelegt.

Erleichterungen der deutschen Auslandsperre.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht jetzt die Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über Ausreisefreiheiten. Sie bringen beträchtliche Erleichterungen der Auslandsperre. Es werden von der Ausreisefähigkeit weiter befreit:

1. Angehörige des Deutschen Reiches, die im Ausland ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt, im Ausland dagegen keinen Wohnsitz haben;
2. Personen, die nachweislich zum Besuch von Familienangehörigen nach dem Ausland reisen, sofern es sich um Ehegatten, Verwandte oder Verwandsleute in erster Linie handelt und die zu besuchenden Personen im Ausland ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt, im Ausland dagegen keinen Wohnsitz haben;
3. Personen, die nachweislich aus besonderen Familienanlässen (Geburt, Eheheiratung, schwere Erkrankung, Todesfall) zu nahen Angehörigen in das Ausland reisen; als nahe Angehörige gelten: Ehegatten, Verwandte und Verwandsleute in erster Linie sowie Personen, die in der Seitenlinie im zweiten Grade verwandt sind;
4. Personen, die nachweislich zum Besuch von nahen Angehörigen (Nr. 3) oder zur Regelung von Familien- oder Vermögensangelegenheiten in das abgetretene Gebiet reisen;
5. Reisende, die in der Ausübung ihres Berufs in das Ausland reisen, sofern der Vorhand der Amtskammer die Notwendigkeit der Reise bescheinigt; Ärzte, die nachweislich zu Konsultations- oder Operationen reisen; oder zur Teilnahme an Kongressen in das Ausland reisen; Angehörige anderer freier Berufe (Künstler, Gelehrte usw.), die nachweislich zur Ausübung ihres Berufs in das Ausland reisen; Studierende, die im Rahmen ihres Studienplanes auf eine ausländische Hochschule gehen.

Soweit die Voraussetzungen für eine Befreiung nicht gegeben sind, können die Finanzämter in einzelnen Fällen in denen die Erhebung von Ausreisegeldern eine besondere Härte bedeuten würde, oder in denen überwiegende Interessen des Gemeinwohls der Erhebung der Gebühr entgegenstehen. Gebührenfreiheit, jedoch nur für Auslandsreisen von kurzer Dauer bewilligen. Für die Bewilligung von Gebührenfreiheit in einzelnen Fällen sind die Finanzämter zuständig.

Der Chor des Stadttheaters.

Die Ursache der unbefriedigenden Leistungen. In den kritischen Würdungen der Presse über die Ausführung der Oper „Der fliegende Holländer“ im Danziger Stadttheater war fast allgemein bemerkt, daß das Chorpersoneal des Stadttheaters die Mitwirkung des Frauenchors des Lehrer-Gesangvereins zur Verstärkung und Führung der Chöre abgelehnt hatte. In diesen Feststellungen wird uns von der hiesigen Verwaltungskasse des Deutschen Chorförderbundes berichtet, daß laut Tarifabkommen, geschlossen zwischen dem Deutschen Bühnenverein und dem Deutschen Chorförder- und Bühnen-Verein, ein „Tarif-Unterabkommen“ besteht, welches die Entscheidung zu treffen hat, ob ein Chorleiter an einer Chorleistung beteiligt werden darf oder nicht. Was ist für das Danziger Stadttheater nach dieser Entscheidung geschehen, daher ist dem Chorpersonnel auf Grund der Bestimmungen der Centralen Mannheim des Deutschen Chorförder- und Bühnen-Vereins eine Arbeitsverpflichtung mit einem Entschädigung (Einsparung) nur Entschädigung der Chorleiter obliegt. Tarif-Unterabkommen verboten!

Am Anfang sind uns von hiesigen Stellen über die Chorverhältnisse am Stadttheater nach folgenden Angaben: Der Herrenchor besteht aus vier I. Sängern, zwei II. Sängern, drei I. Frauen, zwei II. Frauen; der Damenchor aus: sechs I. Sopranen, einem II. Sopran, drei I. Alt, zwei II. Alt. Das hiesige Chor in seiner herrlichen Vollständigkeit eine Einheit ist, siehe sechs I. Sopranen gegen einen II. Sopran! Darüber werden sich Rechtfertigungen ebenfalls finden, wie der Chor steht. Das ein Chor von 1 Herren und 12 Damen für ein Stadttheater wie es Danzig sein soll, viel zu schwach ist, ist wohl nicht zu leugnen. Der Chorpersonnel für die Aufnahmen des Chores des Chorförderbundes müssen wir den maßgebenden Stellen vor allem dem musikalischen Chorleiter überlassen. Wie uns bekannt war, wollen die Musik-Verhältnisse (Sopran, Alt, Tenor, Bass) persönlich beim Senat vorgetragen werden, daß der Chor für Chor ist 11 Herren und 12 Damen erhöht wird, leider wurde den Herren dieses unterlassen.

Wieder sei bemerkt, daß die künstlerische Leistung des Chors durch die Vermehrung von „Chorführern“ durchaus nicht gehoben wird. Die Chorführer sind mit dem Chorführer nicht einverstanden und in Rücksicht auf die hohen Kosten am Chor nach der Vorführung, wie folgt, ist, wo nur der Chor durchzuführen wird. Jeder Chor, wenn jedoch wird, daß ein Chor nur dann immer sein kann, wenn derselbe in Alt und Alt übergenommen wird, nur in der nächsten Saison der Chor sein kann.

Im letzten unteren wir nur noch mitteilen, daß jedenfalls in der kritischen Anwesenheit (Chorführer) eine Entscheidung über die Chorverhältnisse.

flücht worden wäre „im fliegenden Holländer“ fliegen erst 20 Damen dann 12 Damen den Chorführernchor mit.“ Nach diesen Darstellungen trägt also an den unbefriedigenden Chorverhältnissen im allgemeinen, wie im fraglichen Fall des Holländer-Aufführung, im besonderen nur die Leitung des Stadttheaters die Schuld.

Dampferverbindung Danzig-Heubude. Der Stadtbürgermeister legt ein Antrag vor, den Senat zu ersuchen, möglichst ab 1. Mai dieses Jahres eine geregelte Dampferverbindung zwischen Danzig und Heubude mit etwa wöchentlich Fahrgelegenheit von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends einzuführen und für die Aufrechterhaltung zu sorgen.

Bezirksversammlungen der BSPD.

In nachfolgenden Lokalen finden folgende Bezirksversammlungen statt:

Am Donnerstag, den 10., abends 7 Uhr:

1. Bezirk, Reichstadt, Schule Sellige-Geiß-Gasse 111.
2. Bezirk, Neufahrwasser, Bezirksfabrik, Sapper Str.
3. Bezirk, Langfuhr, Kleinmannsplatz.
4. Bezirk, Niederstadt, Schule Altmohrstraße, abends 6 1/2 Uhr.
5. Bezirk, Restaurant „Dübbau“, abends 6 Uhr.
6. Bürgerweien, bei Brühl, abends 6 Uhr.

Am Freitag, den 11., abends 7 Uhr: Borzot, im Restaurant Bürgerhain.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Vortrag über die neuen Wohnungsbau-Gesetze.
2. Stellungnahme zum Parteitag und Wahl der Delegierten.
3. Bezirksangelegenheiten.

Referenten sind die Abgeordneten: Arczynski, Rahn, Kooßen, Schmidt, Man, Spill, Malikowski, Grünhagen, Klingenberg.

Zahlreicher Besuch für alle Versammlungen erbeten. Der Landesvorstand.

Änderungen in der Steuer-Gesetzgebung.

Der Senat hat den Volkstag in Form eines Mantelgesetzes ein umfangreiches Bündel von Gesetzesvorlagen überreicht, die die verschiedensten Steuerarten betreffen. Es sind nicht weniger als 9 Gesetze. Zunächst ein Ergänzungsgesetz für 1924. Dann soll eine Umstellung der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Umsatzsteuer erfolgen. Der Aufschlag zur Vermögenssteuer soll beseitigt, die Grundbesitzsteuer beseitigt werden. Weitere Gesetzesentwürfe fordern die Aufhebung der Rindmehrentsteuer und die Ermäßigung der Vermittlungssteuer und der Versteigerungssteuer. Die Erbschaftsteuer soll ebenfalls umgestellt werden. Umsatzsteuer und Grundbesitzsteuer sollen teilweise den Gemeinden übertragen werden. Durch die Änderungen des Steuerwesens erleidet der Staat einen Ausfall von 2,4 Mill. Gulden, die durch Erhöhung der Branntweinsteuer und erhöhte Kollektoren wieder ausgeglichen werden soll. Am Anhang an die vorstehenden Gesetzesentwürfe veröffentlicht der Senat sein Finanz- und Steuerprogramm, auf das wir noch zurückkommen werden. Heute sei bereits mitgeteilt, daß auch die Einkommensteuer geändert werden soll.

Ablehnung der Forderung der Kriegsbeschädigten.

Der Sozialen Ausschuss verabschiedet heute den Gesetzesentwurf der Sozialen Fraktion auf „Gewährung von Sonderzulagen an den Renten der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.“ Der soz. Antrag wurde mit den Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Der sozialistische Vertreter enthielt sich der Abstimmung; anstelle dessen bewilligte der Ausschuss für die Militärverorgungsberechtigten, die am 1. April d. J. eine Zulage erhalten, eine einmalige Wirtschaftshilfe und zwar für Beschädigte von 50-60 Prozent 50 Gulden, 70-80 Prozent 60 Gulden, über 80 Prozent 75 Gulden, Witwen 50 Gulden, Waisen 25 Gulden, Esternteile 25 Gulden, Elternpaare 40 Gulden. Für Empfänger von Witwenrenten 50 Gulden und für Kinder von Schwerbeschädigten 25 Gulden. Die Vorlage soll morgen noch im Volkstag zur Verabschiedung gelangen.

Neue Löhne für die Weichselholzarbeiter.

Zwischen dem Deutschen Verkehrsband und dem Verband Danziger Arbeiter des Holzgewerbes sind für die Weichselholzarbeiter mit Wirkung vom 1. April d. J. neue Lohnvereinbarungen getroffen worden. Die Stundenlöhne für die Mühlen- und Feldarbeiter betragen 75 Pfa. für die Heizer und Schleifer 82 Pfa. für die Wasserarbeiter 90 Pfa. pro Stunde. Die Löhne der inländischen Arbeiter wurden entsprechend den Löhnen der Arbeiter ebenfalls prozentual erhöht. Für Nachtwachen ist pro Woche ein Betrag von 7 Gulden zu zahlen. Der Aufschlag auf die bestehenden Tariflöhne beträgt unter Fortfall der ab 16. November 1924 gezahlten 5 Prozent ummehr 22 Prozent. Das Lohnabkommen gilt bis zum 31. Mai 1924.

Die Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Sind aktiver fortgesetzt worden. In den Fragen der Eisen- und Kohlen- und des Warenverkehrs wurde vor- und nachmittags verhandelt und in der Mehrzahl der Punkte eine Verständigung erzielt. Die Verhandlungen über die wenigen noch verbleibenden Punkte wurden aktiver abends vertagt werden, da der polnische Verhandlungsführer aus dringenden dienstlichen Gründen nach Warschau zurückkehren mußte. Sie werden voraussichtlich in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Auch die Verhandlungen über die Monopole und indirekten Steuern wurden aktiver fortgesetzt und werden heute weitergeführt. Sie erstrecken sich zunächst auf die allgemeine Erörterung des sehr schwierigen und umfangreichen Problems, die Sammlung des Materials und die Klärung der großen Verhältnisse.

Keine Sommerzeit im Reichstag! Der Wirtschaftsausschuss des Volkstages hat den deutsch-polnischen Antrag auf Einführung der Sommerzeit im Reichstag abgelehnt.

Einen Ratschlag wollen Anwesende bei einer Kontrollfahrt am Reichsdurchschnitt bei Schlemmerbach beobachtet haben. Wenn auch diese Nachricht durch weitere Beobachtungen noch keine Bestätigung gefunden hat, so ist sie nicht unwahrscheinlich, da auch in früheren Jahren ein vorübergehender Aufenthalt dieser Arbeiter in einzelnen Gruppen fest-

BSPD. Volkstagsfraktion. Heute, Donnerstag, nachmittags 3 Uhr: Außerst wichtige Sitzung!

Der Kampf um das Wohnungsbau-Gesetz.

Der Wohnungsausschuss hat seine Beratungen über die Wohnungsbau-Gesetze beendet. Der Gesetzentwurf des Senats ist, allerdings mehrfach abgeändert, wieder an das Plenum zurückgegeben worden, wo er Freitag nachmittag zur Verhandlung kommen wird.

Abschnitt 1 des Gesetzesentwurfes hat folgende Fassung erhalten: Die Gemeinden der Freien Stadt Danzig sind verpflichtet, die zur Abhilfe der Wohnungsnot erforderlichen Mittel nach Maßgabe dieses Gesetzes aufzubringen.

Die gesetzliche Miete soll nach § 2 betragen: ab 1. Mai d. J. 75 Prozent, ab 1. August d. J. 100 Prozent der Friedensmiete. Der im § 2 festgesetzte gesetzliche Mietzins gilt auch bei Mieträumen, welche nicht oder nicht ausschließlich als Wohnräume benutzt werden (Küden, Bureauräume, Werkstätten, Ladenwohnungen) als gesetzliche Mindestmiete. Hat die Miete hier bereits die gesetzliche Miete erreicht, so trägt der Vermieter die im § 10 festgesetzte Steuer. Ueber die Höhe der zu zahlenden Miete soll im Streitfall das Mietbeurteilungsamt entscheiden. § 6 bestimmt, daß die gesetzliche Mindestmiete an den Grundbesitzbesitzer monatlich im voraus zu zahlen ist. Der Wohnungsbau-Gesetz unterliegen Wohnungen usw. nicht, wenn sie nach dem 1. Juni 1918 bezugsfertig und aus eigenen Mitteln gemacht worden sind. Sind diese Bauten mit Hilfe von öffentlichen Mitteln erbaut, fallen sie ebenfalls unter die Wohnungsbau-Gesetze. Sie werden von der Wohnungsbau-Gesetz jedoch befreit, wenn eine angemessene Regelung der Angelegenheit durch Aufwertung der Beihilfen erfolgt.

Die Wohnungsbau-Gesetz soll nach § 11 des Gesetzes betragen: von der 75prozentigen Friedensmiete 27 Prozent, von der 100prozentigen Friedensmiete 40 Prozent.

Auf Antrag sind Mietbeihilfen solchen Personen zu gewähren, die durch die Mietsteigerung in eine Notlage geraten sind, insbesondere 1. Rentnempfangern der Invaliden- und Angehörtenversicherung, 2. Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen und sonstigen Militärrentnern, die Zusatzrenten zu ihren Versorgungsgebern erhalten, sowie den Empfängern von laufenden Veteranenbeihilfen, 3. den früheren Arbeitern der ehemaligen Reichs- und Staatsbetriebe, soweit sie laufend Unterhaltung erhalten, 4. Personen, die in Kleinrentnerfürsorge unterliegen.

Neu in den Gesetzesentwurf folgende Bestimmung hinzugefügt worden: Gemeinden, die kein eigenes Baugelände besitzen, haben das Recht, zum Bau von Wohnungen Baugelände zu enteignen. Das Wohnungsbau-Gesetz soll mit dem 1. April 1923 außer Kraft treten.

Das sind die wichtigsten Änderungen, die der Senat-Gesetzentwurf im Ausschuss erfahren hat. Der sozialdemokratische Antrag, auch diejenigen Personen, die ein monatliches Einkommen unter 125 Gulden haben, von der erhöhten Miete zu befreien, ist leider auch in dritter Lesung abgelehnt worden. Die Beschlüsse wurden nur mit knapper Mehrheit gefaßt, so daß das Schicksal der Vorlage im Plenum noch sehr ungewiss ist. Da die Beratungen am Freitag zu Ende geführt werden, erscheint noch sehr fraglich.

Von der Deutschen Partei ist bekanntlich ein Antrag vorgelegt worden, durch den der Senat ermächtigt werden soll, einen Vorrath von 5 Millionen Gulden an Danzawerben zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel sollen jedoch nur zum Bau von Kleinwohnungen, d. h. Wohnungen von nicht mehr als drei Zimmern mit Küche und Nebengelass, bis zu 80 Quadratmeter Wohnfläche verandt werden. Die Baugelände sollen Genossenschaften und Einzelpersonen als vorzuziehende Darlehen gegeben werden. Der Zinssatz soll im Höchstfalle betragen bei Wohnungen von drei Zimmern 5 Prozent, von zwei Zimmern 1 Prozent, von einem Zimmer 8 Prozent. Mit diesen Mitteln dürfen nur Häuser mit zwei, jedoch nicht mehr als drei Geschossen, möglichst mit Gartenland, errichtet werden. Auch dieser Antrag steht in der Freitagssitzung des Volkstages zur Verabschiedung.

Die hohen Fleischpreise.

Auf eine kleine Anfrage im Volkstag über die wuchernde Steigerung der Fleischpreise erklärt der Senat, daß folgendes:

Die Spanne zwischen Schlachtvieh- und Kleinverkaufspreisen ist in der Tat auffallend hoch. Die Spanne wird jedoch dauernd auf ihre Berechtigung hin überprüft. Es ist eine Notierungskommission eingesetzt, die aus Erzeugern, Händlern, Verbrauchern und einem Vertreter des Schlachthofes als Vorsitzenden besteht. Diese fest laufend Marktpreise fest, von denen die Wucherpreise herleitet Kenntnis erhält. Die Wucherpreise prüft danach, ob Fälle von Preistreibern vorliegen und bringt gegebenenfalls solche zur Bekämpfung.

Es ist nur unverständlich, daß, obwohl die Spanne zwischen Schlachtvieh- und Kleinverkaufspreisen vom Senat als unerträglich hoch bezeichnet wird, die geschätzten Maßnahmen noch immer nicht in einer Senkung der Kleinverkaufspreise geführt haben. Oder soll das jetzt kommen?

Die Bauarbeiterlöhne für Danzig-Land. Durch Vereinbarung zwischen dem Arbeiterverband für das Baugewerbe Danzig-Land und den baugewerblichen Arbeiterorganisationen beträgt vom 27. März der Stundenlohn für Maurer, Zimmerer, Klempner, Klempner, Klempner, Klempner 1 Gulden, Klempner 96 Pfa., Klempner 92 Pfa., Klempner, Klempner, Klempner 80 Pfa., Klempner 15 bis 17 Jahren 44 Pfa., Klempner 15 bis 17 Jahren 35 Pfa.

Neue Löhne im Stuckaturgewerbe. Auf Grund der Vereinbarung zwischen der Stuckaturinnung und dem Deutschen Baugewerksbund beträgt der Stundenlohn vom 27. März für einen Stuckateur 1,15 Gulden, für einen Hilfsarbeiter 92 Pfa., für einen Neulingen von 15 bis 17 Jahren 44 Pfa., unter 15 Jahren 35 Pfa.

Danziger Ständesamt vom 10. April 1924.

Todesfälle: Pensionierter Reichskriegsminister Friedrich Schütz 78 J., 9 Mon. — E. d. Goldschmidt Rudolf Spiller 1 Woche. — E. d. Bauarbeiters Ferdinand Darnau 9 J., 3 Mon. — E. d. Bauarbeiters Paul Kreitzberg 6 Mon., 3 Mon. — E. d. Bauarbeiters 21 J., 6 Mon.

Aus dem Osten

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

[illegible]

„Gehst du ein?“ Hat sie ihren Mann in das Geheim-
nis einweihen? Sie ist der Hund hierher gekommen? Das
ist das Mädel, die einer Fälschung horren.“

Danziger Nachrichten

Eine mißglückte Aktion.

Der Eingabensturm gegen die Landfrankenlisten.

Die bürgerlichen Parteien waren bisher immer stolz darauf, zu erklären, daß Deutschland das Land der Sozialpolitik sei und daß Danzig diesen Rufkapfen folgen werde. Auch die Deutschnationalen spendeten diese Vorbeeren. Heute muß man jedoch schon wahrnehmen, daß die gerade ihnen nachstehenden Bevölkerungskreise die sozialpolitischen Errungenschaften baldigst wieder beseitigen möchten. So auch die Agrarier, denen die Beiträge zu den Sozialversicherungsbeiträgen mit ihren bedauerlichen Folgezuständen auch für die Sozialversicherungen, um eine Plage für die Beseitigung der ihnen so ungeliebten Landfrankenlisten zu sein. Ende des vergangenen Jahres bereitete der Landbund eine Massenpetition für die Beseitigung der Landfrankenlisten an den Volkstag vor. Jedoch nur im Kreise Großer Werber führten die Landfrankenlisten diesen Vorstoß durch. Nicht weniger als 13 einzelne Eingaben, teilweise mit behördlicher Hilfe, gelangten aus diesem Kreise an den Volkstag, die Hunderte von Unterschriften von Arbeitgebern und Arbeitnehmern trugen. Es wurde darin gefordert die Aushebung der Landfrankenlisten und Einführung von Gemeindefrankenlisten. Jedes Dorf sollte also seine eigene Sozialkasse haben.

„Begründet“ war diese Forderung mit folgenden fünf Punkten, die in jeder Eingabe formell wiederholten: 1. Die Arbeitnehmer sollten mit der Haltung der Gewerkschaftsführer zur Krankenversicherung nicht zufrieden sein. 2. Die Beiträge zu den Frankenlisten seien viel zu hoch, die Gegenleistungen würden in keinem Verhältnis. 3. Die Frankenlisten würden viel mißbraucht. 4. In der Gemeinde würde dieser Mißbrauch der Frankenlisten verhindert werden können, da die Kontrolle leichter sei, als bei Landfrankenlisten, auch könnte billiger gewirtschaftet werden. Die freie Kratzwahl sollte fallen. 5. Sollten die Gemeindefrankenlisten durch eine geeignete Persönlichkeit der Kreisverwaltung kontrolliert werden können.

Diese Forderungen trugen, wie bereits gesagt, die Unterschriften auch vieler Arbeitnehmer. Es ergibt sich, daß viele dieser Unterschriften nicht auf ehrliche oder aufrichtige Weise zustande gekommen waren. Die Eingaben enthielten die Unterschriften vieler Personen, die weder als Arbeitnehmer oder als Arbeitgeber selber an den Landfrankenlisten interessiert sind. Wenn A. B. Beamte mit Unterschriften haben, so steht doch fest, daß Beamte überhaupt keiner Frankenliste angehören, seien es Land- oder Ortsfrankenlisten. Viele Gemeindeführer sind unter den Arbeitgebern eingetragen, ebenso haben als Gewerbegehilfen beschäftigte Personen ihre Zustimmung gegeben. Diese Personen sind aber bei der Ortsfrankenliste verzeichnet und haben weder sie noch die Arbeitgeber mit der Landfrankenliste etwas zu tun, sie zahlen zu dieser keine Beiträge. Viele Unterschriften sind gefälscht worden, anscheinend von den Vorkämpfern. Es konnte festgestellt werden, daß sich Namen von Personen unter den Eingaben befinden, die diese selber nicht geschrieben haben. So konnte der Abg. Moskowski bei der Beratung dieser Eingaben im Ausschuss ganz richtig bemerken, daß es notwendig wäre, diese Eingaben dem Staatsanwalt zur strafrechtlichen Verfolgung zu übergeben.

Trotzdem steht fest, daß viele Landarbeiter, auch gewerkschaftlich und politisch organisierte, diese Eingaben unterschrieben haben. Ihnen muß zu gute gehalten werden, daß sie einestheils unter dem Druck der Arbeitgeber standen und daß sie weiter in Unkenntnis handelten, da ihnen die Arbeitgeber die größten Märchen erzählt haben. Weiter standen sie unter der Einwirkung der Geldentwertung, die auch bei den Landfrankenlisten schwere Folgen zurückließ und die Leistungen minderte. Auch der Verzeihrer verfiel hier seine Wirkung nicht. Trotzdem kann man diesen Kreisen einen Vorwurf nicht erheben. Sie hätten, bevor sie zu einer solchen Tat schritten, sich Aufklärung bei ihrer Partei- und Gewerkschaftsleitung holen müssen. Partei und Gewerkschaft werden dem Thema „Sozialpolitik und Sozialversicherung“ für die Landbevölkerung mehr Beachtung schenken müssen. Später ist auch hier Aufklärung anzusetzen und die Landarbeiter einzelner Gemeinden haben sich in Einmache gegen die Forderung des Landbundes gewandt bzw. ihre Unterschriften zurückgezogen.

Es erscheint aber notwendig, sich mit dieser Forderung des Landbundes etwas eingehender zu beschäftigen, damit die Landarbeiter vor Schäden bewahrt werden. Das Ideal der Agrarier ist natürlich die Beseitigung der Landfrankenlisten, bezw. mindestens die Beseitigung der bei ihnen beschäftigten Landarbeiter vom Versicherungszwang zu befreien. Dann würde nämlich der Landarbeiter niemals krank sein und erst, wenn er auf der Sterbebette liegt, würde man um Arzt schicken. Die beste Wirkung erzielt man aber auch auf ärztlichem Gebiete, wenn man das Uebel bei seiner Entstehung erfäßt. Die Wochenhilfe für die Witwen des Landarbeiters hilft auch wenig.

Die Forderung der Beseitigung von Gemeindefrankenlisten anstelle der Landfrankenliste ist auch nicht weit weg vom Ziel. Die Beseitigung dieser Gemeindefrankenliste würde, trotzdem dieselbe zu zwei Dritteln aus Arbeitnehmern bestünde, immer in den Händen der Vorkämpfer liegen. Grund würden die Personen fehlen, welche über die nötigen Kenntnisse und Zeit zur Ausübung der Geschäftsleitung verfügen und die Vorkämpfer würden dann schon durch einen gewissen Zwang das Übrige tun. An zweiter Linie würden die Gemeindefrankenlisten vollständig leistungsunfähig sein.

Nehmen wir an, daß in einer Gemeinde nur 50 versicherungspflichtige Personen vorhanden sein würden. So würde hier eine monatliche Einnahme von etwa 100 Gulden zu verzeichnen sein. Ein arbeitsloser Krankheitsfall, der eine Behandlung im Danziger Krankenhaus notwendig machte, würde die ganze Einnahme des Jahres aufzehren. So würden dann die Ausgaben für Wochenhilfe und für andere Kranke bleiben. Dieses Beispiel zeigt schon den Unfug der Forderung auf Errichtung von Gemeindefrankenlisten. Es dürfte dann eben niemand krank sein und die Vorkämpfer würden dann alle die Leute entlassen, die krankheitsbedingt erscheinen oder bei deren Ehefrauen eine Entbindung in Aussicht stünde. Die Gemeindefrankenlisten könnten also in keiner Weise billiger wirtschaften oder leistungsfähiger sein als die Landfrankenlisten. Das Gegenteil ist der Fall: Je größer eine Einrichtung ist, je leistungsfähiger wird sie sein. Richtiger wäre es, eine einzige Landfrankenliste für den Kreis Danzig zu schaffen.

Daß der Landbund beabsichtigt, auch am allerersten Tag aus der Forderung hervor: Beseitigung der freien Kratzwahl. Der Landbund will, daß den Besitzern der Gemeinde ein bestimmter Prozentsatz aufzuerkennen wird, der vollständig in den Händen der Vorkämpfer sich befinden dürfte.

Der soziale Ausschuss des Volkstages hat sich mit diesen Eingaben in zwei Sitzungen befaßt. Berichterstatter war der deutschnationaler Abg. Baranditsch. Der Landbund, welcher in der ersten Sitzung beantragte, die Eingaben dem Senat zur Verurteilung zu übergeben. Die sozialdemokratische Fraktion war mit dieser Stellungnahme nicht einverstanden und veranlaßte es, daß der Sen. Gebauer zum

mal geprüft wurde. Herr Baranditsch nunmehr ein, daß mit den Eingaben des Landbundes nicht mehr viel auszufragen war und machte einen mächtigen Zurückzieher. Trotzdem hatte er noch den Mut, zu beantragen, daß diese Eingaben dem Senat als Material übergeben würden, während Sen. Gebauer beantragte, die Eingaben als zur Behandlung ungeeignet zurückzuweisen. Dieser Auffassung schlossen sich die Vertreter aller Fraktionen bis auf die Deutschnationalen an, der Angeklagtenvertreter stimmte auch für diesen Antrag, während die übrigen Mitglieder der deutschnationalen Fraktion sich der Stimme enthielten. Für den Baranditschen Antrag stimmte nur der Antragsteller allein.

So hat dieser reaktionäre Vorstoß des Landbundes mit einer vollständigen Niederlage deselben geendet. Ein transientes Zeichen für Danzig aber bleibt es, daß der Landbund einen Antrag auf Beseitigung sozialpolitischer Errungenschaften überhaupt gestellt hat.

Für die Arbeitnehmerschaften kann es aber nur eine Parole geben: Nicht Abbau, sondern Ausbau der Sozialversicherung.

Jugendschutz-Demonstration

Sonntag, den 13. April 1924, vormittags 10¹/₂ Uhr,

vom Dominikanerplatz.

Musik trifft sich um 10 Uhr am Stockturm.

Jugendliche erscheint in Massen!

Gemeinschaft arbeitender Jugend.

Der unfittliche Spielklub.

Eine neue Entscheidung des Obergerichts.

Ein Croupier des Zoppoter Spielklubs klagte auf Grund seines Anstellungsvertrages gegen den Klub beim Gewerbegericht. Er wurde mit seiner Klage jedoch abgewiesen. Der Croupier wollte nun gegen dieses Urteil Berufung einlegen, und da er die Kosten nicht aufbringen konnte, dies im Wege des Armenrechts tun. Das Landgericht lehnte die Bewilligung des Armenrechts ab, weil die weitere Rechtsverfolgung aussichtslos sei, da der Vertrag wider die guten Sitten verstoße und deshalb nichtig sei. Gegen diesen Bescheid legte der Croupier Beschwerde beim Obergericht ein.

Das Obergericht kam zu folgendem Bescheid: Die Beschwerde wird als unbegründet zurückgewiesen. Die Verletzung des Armenrechts wegen Aussichtslosigkeit der weiteren Rechtsverfolgung erscheint begründet. Der vom Kläger erhobene Anspruch hat zur Voraussetzung die Rechtsgültigkeit des von den Parteien abgeschlossenen Anstellungsvertrages. Dieser Vertrag aber ist nicht rechtsgründig, sondern ist nichtig und zwar deshalb, weil er gegen die guten Sitten verstößt (§ 133 BGB.).

Der Betrieb der Spielbank verstößt gegen die guten Sitten, wie das Obergericht in seinem in der Sache selbst vom 10. 10. 1922 des näheren ausgesprochen hat. Die Förderung eines solchen Spielbetriebes aber ist ebenso unfittlich, wie der Spielbankbetrieb selbst. Deshalb ist ein Nebenvertrag, wie der Anstellungsvertrag eines Croupiers, welcher letzterer gerade durch seine Tätigkeit eine der wesentlichsten Beihilfen zu dem gegen die guten Sitten verstoßenden Spielbankbetrieb selbst leistet, ebenso sittenwidrig wie der Spielbankbetrieb selbst.

In dem angezogenen Urteil des Obergerichts vom 5. 10. 22 wird ausgesprochen, daß der § 133 BGB. hier nicht in Anwendung kommen könne. Da die Behörden des Kreises auch trotz lebhafter Gegenanderson der öffentlichen Meinung, insbesondere Reden ansehender Mitglieder des Volkstages im Volkstage nichts unternommen haben, um den Spielbankbetrieb zu verhindern. Aber die Vorschrift des § 133 BGB. kommt hier in Anwendung. Nach dieser ist ein Rechtsnachteil, das gegen die guten Sitten verstößt, nichtig. Was als alte Sitten anzusehen ist, das ist nach dem herrschenden Volksempfinden im Anschlußgefühl aller billig und gerecht Denkenden zu beurteilen. Die Anschauung aller dieser, den gesunden Teil des Volkes bildenden Volksschichten ist die, daß der Betrieb einer Spielbank gegen die guten Sitten verstößt, weil er im Widerspruch des Unternehmers zur Ausübung nützlich schwächer Menschen in dieien die schmerzende Sucht nach mühelosem Gewinn weckt und dadurch dem staatszerstörenden Trieb zur redlichen Arbeit entgegen wirkt, weil er durch das schlechte Beispiel der Spieler die gesunden Teile des Volkes gefährdet und weil er zahlreiche Existenzen, die dem Volksganzen nützen könnten, vernichtet. Die Kreise des Volkes, die so denken, bilden auch heute noch die überwiegende Mehrheit. Das ist gerichtsfundig und der Gläubiger ist zum mindesten einem Arrium unterworfen, wenn er das Gegenteil meint. Aus diesen Gründen verstößt der Vertrag gegen die guten Sitten und deshalb ist er nichtig.

Wiederanbahnung des Luftverkehrs Danzig-Varischau. Der Postverkehr zwischen Danzig und Varischau mit Aufschlüssen nach Zemburg und nach Krakau wird von dem polnischen „Kerollond“ am 11. April wieder aufgenommen. Der Flugplan ist folgender: Ab Danzig 9 Uhr vorm., an Varischau 12 Uhr; ab Varischau 2 Uhr nachm., an Zemburg 5 Uhr nachm.; ab Zemburg 9 Uhr vormittags, an Varischau 12 Uhr; ab Varischau 3 Uhr nachm., an Danzig 6 Uhr nachm. Die Strecke Danzig-Varischau wird vorläufig nur zweimal wöchentlich und zwar am Mittwoch und Freitag geflogen: Ab Varischau 9 Uhr vorm., an Krakau 3,45 Uhr nachm.; ab Krakau 11,15 Uhr vorm., an Varischau 6 Uhr nachm. Der „Kerollond“ plant ferner den Ausbau seiner Linien in der Richtung nach Wien, von Krakau aus.

Der Haushaltsplan des Kreises Danziger Niederung für das Rechnungsjahr 1921 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 781.920 Gulden ab. Unter den Einnahmen erscheinen 168.000 Gulden Anteil des Kreises an den Einnahmen aus dem Zoppoter Spielklub. Die Kleinbaben bringt dem Kreise keinerlei Ueberflus. Als Kreisabgaben sind 286.070 Gulden veranschlagt worden. Der Kreis beabsichtigt, diese Abgaben in derselben Weise aufzubringen wie letztes, und zwar durch prozentuale Zuschläge zu den staatlich veranschlagten Steuern nach dem Stande vom 1. Januar 1922. Als Anteil des Kreises an der Grundbesitzsteuer erzielten 12.000 Gulden, an der Umsatz- und Luxussteuer 11.800 Gulden. Für die Kreisabgaben sind 13.200 Gulden eingelegt. Für die Schenksteuer wird ein Beitrag von 4000 Gulden erwartet. Im Hinblick auf die noch schwebende Aufwertungsfrage sind 30.000 Gulden Zinsen und Tilgung der im Jahre 1900 zum Kleinbahnbau aufgenommenen Anleihe von 1.320.000 Mk. (heute noch 915.148 Mk.) eingelegt worden. Zum Zwecke der Anbahnung eines Neubaus für einen neuen Gerichtsgebäude sind 50.000 Mk. veranschlagt.

worben. An Beihilfen zur Unterhaltung des Gemeindegebäudes sind 55.000 Gulden ausgemessen worden, für die Förderung des Wohnungsbau 30.000 Gulden, für die Kleinrentenförderung 18.750 Gulden. Aus dem Verwaltungsbudget des Kreises für das Jahr 1923 geht hervor, daß nach Einführung der Guldenminderung der Personalfabau derart vor sich ging, daß von 30 Angestellten im Juli 1923 am Ende des Jahres nur noch 18 Angestellte verblieben. Als Charakteristikum der übermündeten Inflationswirtschaft wird vermerkt, daß das Hauptbuch der Kreisparlase in Reichsmark in Einnahme und Ausgabe mit über 70 Millionen abschloß. In Danziger Guldenminderung waren Ende 1923 auf 173 Konten der Kreisparlase über 25.000 Gulden an Sparanlagen vorhanden.

Am Sonntag, den 25. Mai: Gemeindevahlen!

Nach einer Verfassung des Senats finden am Sonntag, den 25. Mai, die Wahlen zu den ländlichen Gemeindevereinigungen statt. Die Neuwahlen der unbesetzten Gemeindevorsteher und Schöffen müssen bis spätestens innerhalb vier Wochen nach der Neuwahl der Gemeindevorsteher durch diese durchgeführt werden.

Für unsere Genossen und Genossinnen heißt es nun, mit verboppeelten Kräften an die Werbestätigkeit zu gehen. Am 25. Mai muß sich die Arbeiterschaft des Kreises in allen Orten den ihr gebührenden Einfluß sichern, damit in den ländlichen Gemeinden nicht das Interesse einiger Besitzer, sondern das Wohl aller Gemeindeglieder gefördert wird. Also auf zur tatkräftigen Werbestätigkeit!

Der 70jährige Geburtstag eines Journalisten. Der Schriftsteller und Redakteur Hermann Mantowski vom „Danziger Volksblatt“ konnte gestern seinen 70. Geburtstag begehen. Der Jubilar war Gegenstand zahlreicher Ehrungen. Der Senat ließ ihm mit seinen Glückwünschen ein gerahmtes Bild der Klosterkirche Elwa, eine Radierung von Hellingrath, überreichen. Zahlreiche Gratulanten hatten sich aus dem Kollegenkreise des Jubilars eingefunden, auch mehrere Vereine, denen Mantowski angehört, hatten Vertreter entsandt. Der Jubilar ist trotz seiner mit Jahren reich gesegneten 70 Jahre noch voller geistiger Frische und körperlicher Beweglichkeit.

Der Waldlauf der Arbeiterportier. Der Frühjahrswaldlauf der Arbeiterportier wird am kommenden Sonntag in den Bangahörern Wäldern ausgetragen. Start und Ziel liegen am Kronprinz-Wilhelm-Realschulhaus, Falkweg 7. Der Lauf ist in drei Klassen ausgeschrieben und zwar für Oberstufe 5000 Meter, für Jugendliche 3000 Meter und für Turnerinnen 1500 Meter. Die Strecke für die Oberstufe stellt an die Läufer erhebliche Anforderungen, denn es sind zwei ziemlich steile Anstiege zu überwinden. Es werden sich diesmal fast alle Vereine, außer ein paar ländlichen, an dem Waldlauf beteiligen. Die Wettkämpfer sind als gut anzusehen, haben sich doch außer den Fußballern, die zur Propaganda mitlaufen, über 100 Wettkämpfer gemeldet. Der Waldlauf dürfte dazu beitragen, das Ansehen der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in den Kreisen der Arbeiterschaft weiter zu heben und zu bessern.

Bücher mit Kopfen. Der Händler August Tuschel in Danzig, Fischmarkt 5, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts in Danzig vom 5. März 1924 mit einer Geldstrafe von 150 Gulden belegt, weil er am 20. Oktober vorigen Jahres in Danzig 8 Rentner Kopfen, die er in Berlin (Polen) mit 4 Dollar für den Rentner eingekauft hatte, für 50 Goldmark je Rentner an den Kleinbändler Wisting verkaufte.

Ohne Grund und mit Messer überfallen. Ein Fuhrhalter liegt am Banggarten von seinem Fuhrwerk ab und wurde dort ohne jeden Grund von einem Gärtnergehilfen Hans Tr. und dem Hausarbeiter Hermann Tr. aus Klein Mehlenberg überfallen. Der Fuhrhalter erhielt mehrere Messerstiche am Kopfe. Gegen einen hinzukommenden Schutzpolizisten leisteten sich die Angreifer zur Wehr und es wurde ihm sogar das Seitengewehr aus der Scheide gezogen. Die beiden Leute waren natürlich angekränkt. Das Schöffengericht verurteilte Hans Tr. wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstandes zu 8 Monaten Gefängnis, Hermann Tr. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 2 Monaten Gefängnis.

Wasserstandsnotizen am 10 April 1924

	8. 4.	9. 4.	Wasserstand	8. 4.	9. 4.
Nowichorst	+2.50	+2.42	Montebaur	+5.82	+5.79
	8. 4.	9. 4.	Kornbrunn	+5.69	+5.93
Varischau	+3.13	+2.95	Niekel	+6.13	+6.16
	8. 4.	9. 4.	Dirschau	+5.88	+5.80
Ploch	+4.31	+4.18	Einlage	+2.88	+2.88
	9. 4.	10. 4.	Schwenhorst	+2.83	+2.88
Thorn	+5.59	+5.47	Kogau	+6.69	+6.68
Ordor	+5.14	+5.16	Schönberg D. P.	+4.59	+4.64
Falm	+5.25	+5.19	Neuhortebusch	+2.04	+2.02
Granden	+5.42	+5.38	Kradow	+	+

Ämtliche Börjennotierungen.

Danzig, 9. 4. 24.

1 Dollar: 5,76 Danziger Gulden.

1 Million poln. Mark: 0,62 Danziger Gulden.

1 Rentenmark 1,30 Gulden.

Berlin, 9. 4. 24.

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,2 Billionen Mk.

Danziger Getreidepreise vom 9. April. (Ämtlich.)

In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 11,50—00,00.

Roggen 7,25. Gerste 7,50—7,70. Hafer 7,25.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber. für Inserate Anton Koken. Ämtlich in Danzig. Druck und Verlag von A. Gehl u. Co., Danzig.

kostet ein
17⁹⁰
G
brauner Herrenstiefel
aus bestem Rindbox,
elegante Form, sehr solid verarbeitet
bei
Derner
Das Haus für Qualitäts-Schuhwaren
nur Gr. Wollwebergasse 3.

Ämliche Bekanntmachungen.

In der Karwoche dürfen weder öffentliche noch private Bälle, Tanzmusiken und ähnliche Lustbarkeiten stattfinden. Am Karfreitag dürfen außerdem auch öffentliche theatralische Vorstellungen, Schaustellungen und sonstige öffentliche Lustbarkeiten nicht stattfinden. Gestattet ist die Aufführung ernster Musikstücke (Oratorien usw.).

Danzig, den 7. April 1924.

Der Polizei-Präsident.

Die Erd-, Maurer-, Isolierungs- und Zimmerarbeiten

für den Neubau einer Schwimmhalle am Kleinbahnhof sollen vergeben werden.

Termin zur Einreichung der Kostenanschläge am Donnerstag, den 17. April 1924, vorm. 10 Uhr, im Baubüro, Rathaus Pfefferstadt, Zimmer 58.

Die Bedingungen sind im Rathaus Pfefferstadt, Zimmer 55/54, gegen Erstattung der Unkosten erhältlich.

Danzig, den 9. April 1924.

Hochbauverwaltung.

Städt. Handwerker- u. Fortbildungsschule

Der Unterricht beginnt wieder nach den Osterferien am Donnerstag, den 24. April.

Anmeldungen zur

Kunstgewerbeabteilung

zum sonstigen

freiwilligen Unterricht

und zur

Fortbildungsklasse der

Mädchen-Berufsschule

(freiwilliger Unterricht f. schulentlassene Mädchen) werden bis zu diesem Tage in den Geschäftszimmern des Schulgebäudes in der großen Wähe 11/13, vormittags 10—12 und nachmittags 5—6 Uhr entgegengenommen; hier auch Beratung von ausführlichen Unterrichts- und Stundenplänen, Auskünfte über das Schulgeld u. a.

Hinsichtlich der Pflichtschule besteht für die Arbeitgeber nach den Ortsstatuten vom 30. März 1921 und 28. März 1922 die Verpflichtung, alle in Gewerbe und Handel beschäftigten männlichen und weiblichen Personen unter 18 Jahren (Lehrlinge, Gehilfen und Arbeiter) mindestens eine Woche nach Annahme zum Schulbesuche anzumelden. Vordrucke hierzu und Auskünfte in den Geschäftszimmern der Schule von 9—1 vormittags und 4—7 Uhr nachmittags.

Die Direktion.

12602

12603

12604

12605

12606

12607

12608

12609

12610

12611

12612

12613

12614

12615

12616

12617

12618

12619

12620

12621

12622

12623

12624

12625

12626

12627

12628

12629

12630

12631

12632

12633

12634

12635

12636

12637

12638

12639

12640

12641

12642

12643

12644

12645

12646

12647

12648

12649

12650

12651

12652

12653

12654

12655

12656

12657

12658

12659

12660

12661

12662

12663

12664

12665

12666

12667

12668

12669

12670

12671

12672

12673

12674

12675

12676

12677

12678

12679

12680

12681

12682

12683

12684

12685

12686

12687

12688

12689

12690

12691

12692

12693

12694

12695

12696

12697

12698

12699

12700

12701

12702

12703

12704

12705

12706

12707

12708

12709

12710

12711

12712

12713

12714

12715

12716

12717

12718

12719

12720

12721

12722

12723

12724

12725

12726

12727

12728

12729

12730

12731

12732

12733

12734

12735

12736

12737

12738

12739

12740

12741

12742

12743

12744

12745

12746

12747

12748

12749

12750

12751

12752

12753

12754

12755

12756

12757

12758

12759

12760

12761

12762

12763

12764

12765

12766

12767

12768

12769

12770

12771

12772

12773

12774

12775

12776

12777

12778

12779

12780

12781

12782

12783

12784

12785

12786

12787

12788

12789

12790

12791

12792

12793

12794

12795

12796

12797

12798

12799

12800

12801

12802

12803

12804

12805

12806

12807

12808

12809

12810

12811

12812

12813

12814

12815

12816

12817

12818

12819

12820

12821

12822

12823

12824

12825

12826

12827

12828

12829

12830

12831

12832

12833

12834

12835

12836

12837

12838

12839

12840

12841

12842

12843

12844

12845

12846

12847

12848

12849

12850

12851

12852

12853

12854

12855

12856

12857

12858

12859

12860

12861

12862

12863

12864

12865

12866

12867

12868

12869

12870

12871

12872

12873

12874

12875

12876

12877

12878

12879

12880

12881

12882

12883

12884

12885

12886

12887

12888

12889

12890

12891

12892

12893

12894

12895

12896